

Antrag

Hannover, den 19.03.2026

Fraktion der CDU

HPV-Impfung stärken: Vorbeugen, schützen, Leben retten!

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

HPV-Infektionen zählen in Deutschland zu einer der häufigsten übertragbaren Erkrankungen. Manche HPV-Typen können Anorektal-, Mundhöhlen- und Oropharynxkarzinome, Peniskarzinome bei Männern sowie Vaginal-, Vulva und Zervixkarzinome bei Frauen auslösen.¹ Eine Infektion mit dem Humanen Papillomvirus (HPV) stellt zudem einen Hauptauslöser für ein Zervixkarzinom dar.²

Die Impfung gegen HPV ist eine präventive Maßnahme, um langfristig Krankheitsrisiken zu verringern. Die Impfung ist medizinisch umfassend geprüft, sicher in der Anwendung und zeigt eine nachweislich hohe Wirksamkeit. Empfohlen wird sie von der Ständigen Impfkommission (STIKO) für Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 9 und 14 Jahren.³ Umso besorgniserregender ist es, dass die Impfquote in Deutschland weiter deutlich unter dem international empfohlenen Niveau liegt und um ein Viertel zurückgegangen ist.⁴ Besonders alarmierend ist die unzureichende Impfquote bei Jungen, obwohl auch sie in erheblichem Maße durch HPV gefährdet und potenzieller Überträger von HPV sind.⁵

Die Versorgungslücke macht deutlich, dass es bislang nicht gelungen ist, die vorhandenen Aufklärungsangebote ausreichend wirksam zu gestalten und niedrigschwellige Zugänge zur Impfung zu schaffen. Ohne entschlossenes Handeln wird das von der Weltgesundheitsorganisation formulierte Ziel, die HPV-Impfquote von 90 % innerhalb der 9- bis 14-jährigen Mädchen bis zum Jahr 2030 zu erreichen, verfehlt.⁶

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. ein aktiv arbeitendes Gremium zur Umsetzung der nationalen Präventionsstrategie gemäß § 20f SGB V einzurichten und hierfür - analog zu Modellen wie in Brandenburg - eine Landesrahmenvereinbarung zwischen dem Gesundheitsministerium sowie den Landesverbänden der Kranken-, Ersatz- und Pflegekassen, der gesetzlichen Rentenversicherung und der gesetzlichen Unfallversicherung zu schaffen,
2. mit den Krankenkassen eine Zusatzvereinbarung zu treffen, die eine angemessene Vergütung für Ärztinnen und Ärzte vorsieht, die Jugendliche vor Vollendung des 15. Lebensjahres impfen und damit lediglich zwei Impfdosen benötigen,
3. dafür zu sorgen, dass das Gesundheitsministerium regelmäßig und öffentlichkeitswirksam auf die neue STIKO-Empfehlung zur kombinierten Impfung gegen HPV und Meningokokken für 12-Jährige hinweist und zur Inanspruchnahme dieser Impfungen aufruft,

¹ https://www.dkfz.de/fileadmin/user_upload/Skoe/%C3%9Cber_uns/Beir%C3%A4te/24-09-26-Patientenbeirat_Krebsforschung_Empfehlung_HPVSchulimpfprogramme2.pdf

² <https://www.journalonko.de/gynaekologische-tumoren/zervixkarzinom/podcast-zervixkarzinom-hpv-impfung-primarpraevention>

³ https://www.rki.de/SharedDocs/FAQs/DE/Impfen/HPV/FAQ-Liste_HPVSchulimpfung.html?utm_source=chatgpt.com#entry_16870774

⁴ <https://www.brisant.de/gesundheit/krankheiten/hpv-impfung-jungen-110.html>

⁵ <https://www.who.int/europe/de/news/item/27-01-2025-cervical-cancer-elimination--progress-evident--but-tragically-slow>

⁶ https://www.mhh.de/fileadmin/mhh/frauenheilkunde-geburtshilfe/downloads/Publikationen/2021_10_AZ_Spezial_VisionZero_final_Dys_PH.pdf

4. die Einladungen zu Früherkennungsuntersuchungen bis zur Einführung eines digitalen Impfpasses weiterhin vorzusehen und auf die U9-, U10- und J1-Untersuchungen auszuweiten, um Eltern und Jugendliche auch auf anstehende Impfungen hinzuweisen, und im Rahmen der Schuleingangsuntersuchungen verstärkt über die HPV-Impfung zu informieren,
5. in Zusammenarbeit zwischen der Ärztlichen Gesellschaft für Gesundheitsförderung e. V. und dem Kultusministerium digitale Schulungen für Lehrkräfte zu sexuell übertragbaren Krankheiten und Impfungen wie in Bayern anzubieten,
6. eine Informations- und Aufklärungskampagne zur HPV-Impfung aufzulegen, die insbesondere Jungen und junge Männer adressiert,
7. bei Impfkampagnen des Gesundheitsministeriums verstärkt auf soziale Medien und digitale Informationswege zu setzen und den Einsatz klassischer Flyer entsprechend zu reduzieren,
8. sich auf Bundesebene für eine bundesweite Kostenübernahme der HPV-Impfung auch für über 18-Jährige einzusetzen,
9. auf Bundesebene die Einführung eines elektronischen Impfpasses im Rahmen der elektronischen Patientenakte zu unterstützen, der evidenzbasierte Impf-Erinnerungen enthält.

Begründung

Der Schutz der Gesundheit junger Menschen gehört zu den zentralen Aufgaben staatlicher Verantwortung und ist Ausdruck einer vorausschauenden und fürsorglichen Gesellschaft. Deshalb muss Verantwortung übernommen und dafür gesorgt werden, dass kein junger Mensch aufgrund fehlender Prävention erkrankt. Präventive Maßnahmen, die geeignet sind, langfristige Krankheitsrisiken zu verringern, müssen deshalb höchste Priorität genießen.

Ein breit aufgestelltes, kontinuierlich evaluiertes Präventionsprogramm ist ein notwendiger und längst überfälliger Schritt, um bestehende Versorgungslücken zu schließen, die Impfakzeptanz nachhaltig zu steigern und gesundheitliche Chancengleichheit wirksam zu fördern. Bislang gibt es lediglich ein Gremium, das Entwicklungen zur Nationalen Präventionsstrategie berichtet, jedoch keine eigene Gestaltungskraft besitzt. Eine verbindliche Landesrahmenvereinbarung und ein aktiv arbeitendes Gremium - wie sie in anderen Bundesländern längst erfolgreich praktiziert werden - würden dafür sorgen, dass Maßnahmen sinnvoll aufeinander aufbauen, Zuständigkeiten klar geregelt sind und Prävention nicht dem Zufall überlassen bleibt. Gleichzeitig müssen Strukturen geschaffen werden, die den Zugang zu Impfungen erleichtern. Eine Zusatzvergütung für Ärztinnen und Ärzte, die frühzeitig impfen und damit die 2-Dosen-Strategie anwenden, setzt einen praktischen Anreiz, Kinder und Jugendliche rechtzeitig zu erreichen. Die frühzeitige Impfung führt zudem zu einer höheren Wirksamkeit und zu einer Kostenreduzierung, da von einer dritten Impfung abgesehen werden kann. Ebenso wichtig ist eine kontinuierliche Information durch das Gesundheitsministerium, damit Eltern und Jugendliche über neue Impfeempfehlungen zuverlässig informiert werden. Bereits bestehende Kontaktpunkte wie die Einladungen zu Vorsorgeuntersuchungen und die Schuleingangsuntersuchung bieten darüber hinaus gute Möglichkeiten, auf notwendige Impfungen aufmerksam zu machen. Wichtig ist hierbei die Ausweitung auf die U9-, U10 und vor allem die J1-Untersuchung, da diese von den Eltern und Jugendlichen häufig nicht mehr aktiv in Erinnerung sind. Um insbesondere Jungen besser zu erreichen, braucht es eine zeitgemäße Ansprache. Digitale Kanäle und soziale Medien sind dafür wesentlich geeigneter als klassische Flyermaterialien, die diese Zielgruppe kaum noch wahrnimmt. Eine darauf ausgerichtete HPV-Aufklärungskampagne kann helfen, Wissenslücken zu schließen und Vorbehalte abzubauen.

Ergänzend können neue Unterstützungsangebote wie Gesundheitscoaches dazu beitragen, Impflücken frühzeitig zu erkennen und Präventionsangebote gezielt zu vermitteln. Eine bundesrechtliche Grundlage würde hier für Klarheit und ein einheitliches Vorgehen sorgen. Auch eine bundesweit einheitliche Kostenübernahme der HPV-Impfung für über 18-Jährige würde unnötige Hürden abbauen, den Zugang erleichtern und potenzielle HPV-bedingte Krebserkrankungen minimieren und Folgekosten senken.

Ein weiterer Baustein moderner Prävention ist der elektronische Impfpass. Automatische Erinnerungsfunktionen helfen dabei, Impftermine einzuhalten und schaffen mehr Übersicht. Das stärkt sowohl die individuelle Gesundheitsvorsorge als auch die Planungssicherheit im Gesundheitssystem. Nur auf dieser umfassenden Grundlage kann jungen Menschen ein Zugang zu wirksamerer Gesundheitsversorgung ermöglicht werden. Nur durch entschlossenes Handeln kann eine gesündere Gesellschaft gewährleistet werden. Es liegt daher in der Verantwortung der Landesregierung, dieses drängende Handlungsfeld endlich entschlossen anzugehen und den Grundstein für eine gesunde Zukunft aller zu legen, weil Vorsorge die beste Investition in die kommenden Generationen ist.

Carina Hermann
Parlamentarische Geschäftsführerin